

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

REDE ZUM HAUSHALTSPLANENTWURF 2023
MARKUS RAUB, FRAKTIONSVORSITZENDER

[#gemeinsamundstark](#)



www.spd-duesseldorf.de

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Es gilt das gesprochene Wort!

Pandemie, Krieg in der Ukraine, Klimakrise, Energiekrise, Inflation, eine drohende Rezession und damit einhergehend eine drohende soziale Krise. Und das alles gleichzeitig! Und das alles international!

Trotz aller Entlastungsmaßnahmen haben sich Unsicherheiten und Ängste verfestigt: In den Unternehmen, in den Vereinen, Organisationen, Initiativen und bei den Menschen. Dies alles ist in der Stadt ungefiltert spürbar.

Wir müssen mit unseren geringen kommunalpolitischen Möglichkeiten trotz der zunehmend angespannten Finanzlage helfen, um diese Krisen in Düsseldorf zu meistern. Der Rat muss sich deshalb die Frage stellen:

Was können wir dazu beitragen, um den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Menschen in dieser Stadt zu bewahren und zu stärken?

Aus Sicht der SPD-Fraktion müssen unsere Hilfen denjenigen zu Gute kommen, die die hohen Belastungen nicht oder kaum aus eigener Kraft stemmen können.

Wir möchten Hilfen beschließen, die dazu beitragen, Energieverbrauch zu senken und damit auf die Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Düsseldorf einzahlen. Städtische Hilfen müssen sozial und ökologisch wirken.

Deshalb schlägt die SPD-Fraktion vor, den bisher nicht verplanten Teil des 60 Millionen Euro starken Klimaschutztopfes in dieser Situation besonders auf soziale Entlastungswirkungen auszurichten.

Wir legen dazu heute einen mehrere Punkte umfassenden Antrag vor:

Wir brauchen - erstens - eine Ausweitung der Angebote zur Energieberatung. Für eine solche Energieberatungsinitiative wollen wir den Trägern und der Verbraucherzentrale in Düsseldorf 200.000 Euro

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

über den Haushalt bereitstellen, um zusätzliches Personal beschäftigen zu können. Darüber hinaus soll die Stadt eine Veranstaltungsreihe zur Energieberatung in allen Zentren plus in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Düsseldorf organisieren.

Wir möchten – zweitens - das bestehende Förderprogramm zum Erwerb energiesparender Kühlschränke auf Durchlauferhitzer, Wasch- und Spülmaschinen, Wäschetrockner sowie Fernseher bis zu einer Größe von 32 Zoll erweitern.

Anspruchsberechtigt sollen dabei die Inhaberinnen und Inhaber des Düsselpasses sein. Auch für Vereine und soziale Einrichtungen, die in Düsseldorf gemeldet sind, soll das Förderprogramm in ähnlicher Weise gelten.

Wir möchten – drittens - insbesondere Familien entlasten. Daher beantragen wir, befristet bis Ende April 2023 keine Elternbeiträge für das Mittagessen zu erheben.

Darüber hinaus sollen – viertens- in Düsseldorf wohnende Kinder und Jugendliche ebenfalls befristet bis Ende April 2023 das Schokoticket für 9 Euro erhalten. Dies soll auch für das Sozialticket gelten.

Fünftens: Bis zur Einführung des 49 Euro Tickets – wahrscheinlich im April 2023 - möchten wir, dass die Rheinbahn für Fahrten innerhalb Düsseldorfs auf die geplante Erhöhung der Ticketpreise um 3,9% verzichtet. Die Einnahmeausfälle bei der Rheinbahn sollen für diesen Zeitraum von der Landeshauptstadt Düsseldorf übernommen werden.

Wir möchten – sechstens – den Kreis der Düsselpass-Berechtigten erweitern.

Deshalb soll die existierende Grenzfallregelung bei der Anspruchsfeststellung von heute 10 Prozent auf zukünftig 20 Prozent erweitert werden. Somit haben auch Menschen, die mit ihrem Einkommen geringfügig über der Sozialhilfe liegen, Anspruch auf die Vergünstigungen durch den Düsselpass.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Und: Wir müssen diese Erweiterung des Kreises der Berechtigten durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bekannter machen.

Dieses Maßnahmenpaket ist ohne Zweifel ambitioniert und bedeutet eine große finanzielle Kraftanstrengung für die Stadt Düsseldorf.

Aber richtig ist auch: Ein beträchtlicher Teil der Maßnahmen kann aus den vorhandenen, aber noch nicht verplanten Mitteln des Klimatopfes finanziert werden.

Unsere Vorschläge sind zudem überwiegend zeitlich befristet und werden den Haushalt daher nicht dauerhaft belasten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

ja, die Landeshauptstadt Düsseldorf ist wie alle Kommunen, unverschuldet in eine schwierige finanzielle Situation geraten. Die globalen Krisen hinterlassen tiefe Spuren im städtischen Haushalt.

Die SPD Fraktion unterstützt ausdrücklich den Weg, nicht gegen die Krise anzusparsen, sondern weiterhin auf hohem Niveau zu investieren und Werte schaffende Investitionen über Kredite zu finanzieren.

Wir kritisieren auch nicht, dass der Oberbürgermeister seine eigene Vorgabe, ab 2025 wieder strukturell ausgeglichene Haushalte vorzulegen, einkassiert hat.

Umso entscheidender ist jetzt aber, welche Weichen heute für die Zukunft gestellt werden.

Und da haben wir große Zweifel, ob CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Oberbürgermeister ausreichend Kraft und Gestaltungswillen besitzen, um diese Entscheidungen in der notwendigen Klarheit zu treffen.

Denn der Haushaltsentwurf, den wir heute beraten, spiegelt nicht ansatzweise die finanzielle Realität wider.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Der Vorwurf, den wir Ihnen machen, ist, dass dieser Haushaltsentwurf an keiner einzigen Position den kleinsten Hinweis liefert, wie sich der Oberbürgermeister, die CDU und die Grünen vorstellen, den Haushalt in den nächsten Jahren zu konsolidieren.

Der Haushaltsentwurf, der im September in den Rat eingebracht wurde, hat bis heute erhebliche Veränderungen erfahren:

Wir sehen einerseits erfreuliche Verbesserungen zum Beispiel bei der Gewerbesteuer. Andererseits hat diese gute Nachricht sowohl in Teilen der Verwaltung als auch bei der schwarz-grünen Ratsmehrheit offensichtlich dazu geführt, noch einmal einen kräftigen Schluck aus der Pulle zu nehmen und den Anstieg der Ausgaben ungebremst fortzuführen.

Dabei gelingt der Ausgleich des Haushaltes 2023 nur aufgrund von zwei Faktoren: Zum einen durch den fast vollständigen Verbrauch der Ausgleichsrücklage und zum anderen durch die Bilanzierungshilfen, die uns die Möglichkeit geben, hohe Belastungen aus dem Haushalt herauszurechnen.

Damit retten Sie mit Mühe und Not noch diesen Haushalt, belasten aber gleichzeitig alle Haushalte der nächsten Jahre.

Spätestens 2024 wird die Ausgleichsrücklage endgültig aufgebraucht sein. Zukünftige Haushalte können also damit nicht mehr ausgeglichen werden. Die Möglichkeit der Bilanzierungshilfe wird voraussichtlich nicht über 2023 hinaus verlängert.

Düsseldorf kommt damit in die Situation, dass zukünftige Haushalte durch die Bezirksregierung genehmigt werden müssen. Ohne die Bilanzierungshilfen wäre schon dieser Haushalt genehmigungspflichtig.

Die Konsequenzen sind klar: Die Bezirksregierung wird genaue Vorgaben machen, welche Investitionen und Ausgaben getätigt werden dürfen und welche nicht. Damit werden andere entscheiden, welche freiwilligen Leistungen die Stadt Düsseldorf noch erbringen darf.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Nochmal: Wir geben niemandem die Schuld daran, dass die Finanzlage der Stadt aufgrund der Kumulation von Krisen so ist, wie sie ist.

Aber es ist erschreckend zu sehen, wie lässig der Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen mit dieser Situation umgehen. Sie tun nämlich exakt: Nichts. Sie machen einfach weiter wie bisher.

Doch dann kommt der Oberbürgermeister und erklärt, dass er zukünftig auf „zweitbeste Lösungen“ setzen möchte. Toll! Aber: Konzept Ende!

Beim Lärmschutz für den RRX in Angermund haben Sie mit der Einhausung nicht die beste, nicht einmal die zweitbeste, sondern die mit Abstand teuerste Lösung gewählt.

Den Bau eines in seiner Funktion umstrittenen Parkhauses am Südpark wollen Sie durchziehen, aber den unstrittig dringend notwendigen Neubau der Unterführung des Bahnhofs in Gerresheim streichen.

Sie spielen den Neubau von Schulen gegen dringend notwendige Sanierungen von Bestandsschulen aus, indem Sie ausgerechnet die Mittel für Schulsanierungen um 5 Millionen Euro kürzen.

Stattdessen täuschen Sie entschlossene Sparsamkeit vor, indem Sie Maßnahmen streichen, die den Haushalt bisher mit keinem einzigen Cent belasten, wie die Verlängerung der Rheinufersperrade, die Seilbahn nach Knittkuhl und die erwähnte Unterführung in Gerresheim.

Nebenbei bemerkt: Was wird eigentlich aus dem blau-grünen Ring?

Sie kürzen in der Kultur - mit erstaunlicher Duldung von Bündnis90/Die Grünen - ausschließlich bei der freien Szene, deren Zuschüsse wir mit der Ampel gerade erst erhöht hatten.

Erleben wir hier einen Rückfall in die Zeiten, in der in der Kulturpolitik „Vorrang für die Hochkultur“ herrschte?

Es deutet also alles darauf hin, dass Sie bestenfalls den weiteren Anstieg der Ausgaben ein wenig abbremsen wollen.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Und nicht einmal das ist Ihnen doch mit diesem Haushaltsentwurf gelungen.

Und ihre Prioritäten lassen nichts Gutes erwarten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende Haushaltsentwurf 2023 ist auch nach zwei Jahren weiterhin geprägt von den Investitionsentscheidungen der damaligen Ampel-Kooperation.

Bei genauerem Hinsehen gilt dies allerdings oft nur noch für die Überschriften der Haushaltspositionen.

Eine eigene Handschrift, geschweige denn ein eigenes Zukunftskonzept des Oberbürgermeisters und von schwarz-grün, ist bis heute nicht erkennbar.

Wenn überhaupt, dann bei den Rückschritten: Ob Wohnungsbau, Verkehrswende, Klimaneutralität, Stadtentwicklung und Kultur. Bei all diesen Themen neutralisieren sich CDU und Grüne mit Zustimmung des Oberbürgermeisters.

Wir stellen fest: Sie verwalten die politischen Projekte aus den Ampeljahren. Sie gestalten sie aber nicht.

Sie leben, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede richtigerweise selber sagten, von den Investitionsentscheidungen der SPD-geführten Ampel aus den Jahren 2014 – 2020.

Beim Thema Wohnungsbau sind die Rückschritte deutlich erkennbar.

CDU und Grüne kleben am preisgedämpften Wohnungsbau, obwohl wir alle wissen, dass dieses Produkt am Markt vorbeigeht. Preisgedämpfter Wohnungsbau hat keine Zukunft. CDU und Grüne bringen aber weiter

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

nicht die Kraft auf, diesen Geburtsfehler des Handlungskonzeptes Wohnen endlich zu begraben.

Wir erleben zudem immer wieder Versuche, den wegweisenden Ratsbeschluss zu umgehen, städtische Grundstücke ausschließlich für bezahlbaren Wohnungsbau oder für besondere wohnungspolitische Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Das beste Beispiel hierfür ist die „Benrather Rochade“, bei der eine städtische Tochter per schwarz-grünen Beschluss noch nicht einmal das aktuelle Handlungskonzept Wohnen einhalten muss. Ein ganz falsches und fatales Signal an den Wohnungsmarkt.

Für die Fraktion der SPD bleibt es dabei: Das effektivste Mittel gegen zu hohe Mieten ist, das Angebot an gefördertem Wohnraum zu vergrößern. Hier ist der Mangel am größten und darauf sollte sich die Stadt konzentrieren.

Und auch beim Thema Verkehrswende kommen Sie nicht voran:

Sie haben die Umweltspur abgeschafft und umweltsensitive Ampeln versprochen. Aber wann kommen die denn endlich?

Momentan haben wir stinknormale Pfortnerampeln und Stillstand wie eh und je.

Meine Fraktion hat zur Etatberatung im Verkehrsausschuss Anträge zum Fuß- und Radverkehr sowie zur Verbesserung des ÖPNV gestellt – alle abgelehnt. Eigene Initiativen der Ratsmehrheit? Fehlanzeige!

Ihr Engagement beschränkt sich auf das Kapern der Beratungsergebnisse aus der Kleinen Kommission Radverkehr, die dann als eigene Ideen verkauft werden.

Die Mittel des mit großem Tam-Tam eingeführten Klimatopfes wurden in keinem Jahr verausgabt. Und statt, wie beschlossen, jedes Jahr neue 60 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen, standen im Entwurf für

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

2023 nur 55,5 Millionen Euro.

Das sorgte dann für Unruhe im schwarz-grünen Bündnis. Und plötzlich wurden kurz vor der heutigen Ratssitzung die Mittel noch schnell wieder auf 60 Millionen erhöht. Das ist Haushaltspolitik auf Zuruf.

Stichwort Baumpflanzungen: 5.000 neue Bäume bis 2025 wurden versprochen. Bis jetzt pflanzen sie lediglich Setzlinge statt Bäume und bejubeln das als große Begrünungsmaßnahme. Die Baumbilanz der Stadt verschlechtert sich stattdessen unvermindert weiter.

Der Klimawandel ist auch in Düsseldorf angekommen. Dürre- und Hitzephasen sowie Starkregenereignisse haben auch uns getroffen.

1 ½ Jahre nach dem Starkregenereignis vom Juli 2021 wurden kürzlich endlich Maßnahmen vorgestellt, auf deren Umsetzung die Bürger:innen aber wohl zum Teil noch lange warten müssen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei Ihrem großen Wahlkampfthema Stadtsauberkeit hat sich seit 2020 tatsächlich etwas verbessert, nämlich die PR. Die Stadt ist im Empfinden vieler Menschen seitdem aber schmutziger geworden.

Ein paar öffentlich präsentierte Saugroboter sind kein Konzept. 60 neue Mülleimer in Parkanlagen sind keine Sauberkeitsoffensive.

Bei Ihrem zweiten großen Wahlkampfthema - der Sicherheit in der Stadt - das gleiche Spiel: Jede Menge Aktionismus, viel PR und bisher wenig Substanz.

Sie beschränken sich auf die Bekämpfung von Symptomen.

Alternativangebote für junge Menschen und präventive Maßnahmen werden immer wieder angekündigt: Nur passieren tut nichts. Auf die beschlossene Innenstadtkonferenz warten wir bisher vergebens.

Es ist klar, dass die Themen Sicherheit und Sauberkeit sehr dicke Bretter

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

sind und einen langen Atem benötigen.

Aber wer sich im letzten Kommunalwahlkampf hinstellt und lauthals propagiert, er werde alle Probleme schnell und umfassend lösen, der muss sich Kritik gefallen lassen, wenn er nach zwei Jahren weiter auf der Stelle tritt.

Sie haben zudem 2020 öffentlich besonderen Wert daraufgelegt, integraler Bestandteil der Kooperation von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu sein.

Nur ist auch nach zwei Jahren nicht erkennbar, welche Rolle Sie in dieser Kooperation einnehmen. Ausschließen können wir allerdings, dass es sich dabei um die Führungsrolle handelt.

Im Gegenteil: Je nach Gemengelage gehen Sie blitzschnell in Deckung und auf Distanz zu der Sie tragenden Ratsmehrheit oder Sie lassen sich widerstandslos überstimmen. Das finden wir zum Beispiel bei der Oper und bei den Plänen zur Parkraumbewirtschaftung.

Lieber Stephan Keller,

Ihr Nein zum schwarz-grünen Operantrag war ja inhaltlich richtig und findet unsere volle Zustimmung. Allerdings fragen wir uns, wie dieser Antrag gegen Ihren ausdrücklichen Wunsch überhaupt das Licht der Welt erblicken konnte.

Darüber hinaus vermissen wir von Ihnen eine klare Ansage, wohin denn Ihrer Meinung nach die Reise beim Bau der neuen Oper gehen soll. Ein einfaches Nein reicht da nicht aus.

Die CDU-Fraktion und allen voran Herr Dr. Fils träumen von einem Gebäude – O-Ton Dr. Fils - „mit großer Strahlkraft“. Die Grünen fordern vehement ein „Mehr als Oper“.

Die einen reden also in erster Linie von einer schönen, alles überstrahlenden Architektur, die anderen bleiben nebulös und ungefähr.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Aber keine der beiden Fraktionen redet davon, um was es hier eigentlich geht: Um eine Oper! Eine Oper, die in erster Linie funktional und modern sein soll!

Schwarz-grün überfrachtet und verkompliziert dieses Projekt in unverantwortlicher Weise, beste Voraussetzungen also, um das Projekt vor die Wand zu fahren oder aus dem Ruder laufen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister,

stoppen Sie endlich dieses schwarz-grüne Chaos! Solche Experimente können wir uns nicht leisten.

Im Jahre 2019 haben die Fraktionen der damaligen Ampel-Kooperation die Parkraumbewirtschaftung auf den Weg gebracht. Es ging darum, den großen Parkdruck für die Anwohnerinnen und Anwohner in den besonders belasteten Quartieren zu verringern.

Im Herbst versuchte der Oberbürgermeister das Projekt durch eine einsame Entscheidung zu stoppen.

Offensichtlich war der Oberbürgermeister in die neuen schwarz-grünen Pläne zur Preiserhöhung nicht eingebunden.

CDU und Grüne haben das Projekt dann ohne seine Zustimmung auf den Weg gebracht. Dabei hat die schwarz-grüne Diskussion mit Parkraumbewirtschaftung allerdings wenig zu tun. Sie reduziert sich lediglich auf die Frage: Wie teuer darf Parken denn ab wann sein?

Aber auch in diesem Fall: Ein schlichtes Nein des Oberbürgermeisters - ohne Alternativen anzubieten.

Ein schlichtes Nein ist aber keine Führung.

Ein schlichtes Nein ist keine Gestaltung.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Diese miserable Performance und der zutiefst widersprüchliche schwarz-grüne Minimalkonsens in der Mobilitätspolitik bringt die Verkehrswende in Düsseldorf nicht voran, sondern behindert sie.

Sie stellen sich so gegen Ihre eigene Fraktion und Ihren grünen Partner, sagen aber nicht, was Sie stattdessen wollen.

Die CDU-Fraktion schweigt dazu oder versucht, Differenzen herunterspielen. Die Grünen zelebrieren öffentlich wohl kalkulierte Konflikte, um das Rumoren an der eigenen Basis in den Griff zu bekommen.

Und damit bin ich bei dem Grundproblem dieser Kooperation:

Schwarz-grüne Politik basiert schon seit dem Kooperationsvertrag in den zentralen Themen auf Formelkompromissen, die keine klare Linie erkennen lassen.

Nichts gegen Kompromisse, aber Ihre stiften in erster Linie Verwirrung und sollen jeweils das eigene Klientel beruhigen.

Das, was sie zusammenhält, ist allein die Flucht ins Unkonkrete. Und je länger diese Ratsperiode dauert, umso seltener gelingt es Ihnen, in zentralen Fragen Einigkeit zu erzielen.

Wichtige Entscheidungen werden aufgrund schwarz-grüner Uneinigkeit zunehmend auf die lange Bank geschoben.

Ihre Überschriften vermitteln zweifellos ein hohes Ambitionsniveau: „Klimahauptstadt“ muss Düsseldorf sein, „fahrradfreundlichste Großstadt“ werden usw. usf.

Dieses Niveau sinkt, je konkreter es wird, aber schnell gen Null.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie beklagen in Ihrer Haushaltsrede in Bezug auf die Situation der Verwaltung, ich zitiere: „Die falsche Schwerpunktsetzung in der

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Vergangenheit fällt uns auf die Füße. Pauschale Stelleneinsparungen. Fehlende Digitalisierungsfortschritte bei den Verwaltungsabläufen. Nicht mehr zeitgemäße Arbeitswelten. Corona hat diese Schwächen schonungslos offengelegt. Wir haben diese Probleme erkannt, analysiert und steuern gegen.“ Zitat Ende.

Lieber Stephan Keller, alles was Sie hier aufzählen, ist bereits in den Ampeljahren unter Ihrem Vorgänger analysiert und erkannt worden. Aber: Es ist damals auch schon gegengesteuert worden.

Es war Thomas Geisel, der mit dem Projekt Verwaltung 2020 das schwarze Chaos im Stellenplan der Landeshauptstadt Düsseldorf beseitigt hat.

Sie verfügen Dank dieser großen Anstrengung heute über einen ausfinanzierten Stellenplan für die Verwaltung. Welche deutsche Großstadt kann das von sich behaupten?

Sie beklagen sich über die hohe Zahl an offenen Stellen, die Sie übernommen hätten. Sie verlieren aber kein Wort darüber, dass die Zahl der unbesetzten Stellen unter Ihrer Führung im Vergleich zu 2020 sogar leicht gestiegen ist.

Der entscheidende Unterschied zu den Zeiten von Erwin und Elbers ist: Die Besetzung der offenen Stellen scheitert nicht mehr am fehlenden Geld, aber vielleicht an zu bürokratischen und unflexiblen Rekrutierungsprozessen.

Fast zwei Jahre haben Sie jetzt gebraucht, um dem Rat endlich eine neue Leitung für das Gesundheitsamt vorzuschlagen. Sie haben das Amt in der Pandemie ohne reguläre Leitung des Gesundheitsamtes gelassen, das geht eigentlich gar nicht.

Wir können uns glücklich schätzen, dass das Amt und seine kommissarische Leitung trotz dieser Situation hervorragende Arbeit geleistet haben.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Der letzte Punkt Ihrer Kritik beklagt nicht mehr zeitgemäße Arbeitswelten. Auch hier profitieren sie von der Entscheidung aus den Ampeljahren.

Die Planungen für den Neubau des Technischen Rathauses begannen bereits 2016 und der 2. Bedarfsbeschluss von Februar 2020 beinhaltet ausdrücklich, mit dem Bau des technischen Rathauses neue, moderne Arbeitswelten zu schaffen.

Sie haben also für Verbesserungen ideale Voraussetzungen und ein stabiles Fundament geerbt. Machen Sie endlich was draus!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, um mich im Namen meiner Fraktion bei der gesamten Verwaltung, dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken.

Düsseldorf ist eine starke Stadt. Wir können uns bei allen Widrigkeiten noch Ausgaben und Investitionen leisten, die in anderen Kommunen schon lange nicht mehr möglich sind.

Weil die Menschen in dieser Stadt zusammenhalten, weil wir über Unternehmen verfügen, die zu Düsseldorf stehen und Verantwortung übernehmen.

Weil sich Vereine, Organisationen und viele Initiativen – meist ehrenamtlich – sei es im Sport, im Brauchtum, in der sozialen Arbeit, in der Geflüchtetenhilfe und in der Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Düsseldorf engagieren.

Es ist unsere Verantwortung, die Rahmenbedingungen dafür zu sicherzustellen, dass all dies weiter möglich bleibt.

GEMEINSAM UND STARK DURCH DIE KRISE

Das wird uns allerdings nur gelingen, wenn die Landeshauptstadt Düsseldorf auch in Zukunft alleine entscheiden kann, wie und wo sie ihre finanziellen Mittel einsetzt.

Wenn wir diese Eigenständigkeit verlieren, setzen wir vieles, was Düsseldorf so besonders macht, aufs Spiel.

Deshalb gilt es jetzt, die Weichen richtig zu stellen. Das wird nicht leicht, aber noch haben wir es selber in der Hand.

Der Ball liegt jetzt im Spielfeld des Oberbürgermeisters, bei CDU und Bündnis 90/ Die Grünen.

Die SPD-Fraktion wird sehr genau hinschauen, welchen Weg sie gehen werden. Kluge und hilfreiche Schritte werden wir unterstützen. Falsche Ansätze und Formelkompromisse aber sicher nicht!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



SPD-Ratsfraktion Düsseldorf

Geschäftsstelle

Rathausufer 8

40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 89-93167

Fax: 0211 / 89-33167

#gemeinsamundstark

www.spd-duesseldorf.de